

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 18. November 1919, Nr. 452.

Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. In der letzten Gemeinderatssitzung berichtete VB. Emmerling über die Bilanz und den Rechenschaftsbericht der genannten Anstalt über das Jahr 1918. Dem Berichte ist zu entnehmen, dass der Verkehr bei der Zentralsparkasse eine neuerliche lebhaftere Steigerung erfahren hat, die hauptsächlich das Einlagengeschäft betrifft. Es wurden 231.8 Millionen Kronen eingelegt und 188.1 Millionen Kronen abgehoben. Einschliesslich der kapitalisierten Zinsen von 10.5 Millionen Kronen erhöhte sich dadurch das Einlagenkapital der Anstalt um 54.2 Millionen Kronen auf 304.5 Millionen Kronen. Der hohe Stand jederzeit flüssiger Veranlagungen, den die Zentralsparkasse unterhielt, kam ihr in besonderem Masse zu statten, als gegen Ende Oktober unter dem Einflusse der sich überstürzenden politischen und militärischen Ereignisse und alarmierender Gerüchte die Einlegerschaft von einer starken Beunruhigung ergriffen wurde, die innerhalb weniger Tage zu Abhebungen von nahezu 24 Millionen Kronen führte. Neben der Beteiligung der Anstalt an den Emissionen des alten Staates und der Republik ist auch ihre Mitwirkung bei der Ausgabe der Wiener Stadtanleihe vom Jahre 1918 zu erwähnen. Die Betätigung im Hypothekengeschäfte stand unter dem Einflusse der Hemmungen, die der Stillstand der Bautätigkeit und das reiche Angebot von Baugeldern bewirkten. Immerhin wurden 45 Darlehen per ca. K 1.000.000.- zugezählt. Der Bericht erwähnt die anhaltende Erscheinung freiwilliger und verstärkter Tilgungen sowie gänzlicher vorzeitiger Rückzahlungen von Hypothekenschulden, wodurch sich der Stand der ausgeliehenen Hypotheken auf 95.2 Millionen Kronen verminderten. Von Interesse dürfte es sein, dass die rückständigen Darlehenszinsen gegen das vergangene Jahr neuerlich eine Abnahme um 14% verzeichnen, woraus die Folgerung gezogen werden darf, dass die finanziellen Verhältnisse der Darlehensschuldner der Anstalt in ihrer Gesamtheit eine weitere Besserung erfahren haben. Die Anstalt hat in ihrem Besitze nominale K 110.5 Millionen und Mark 5 Millionen meist verlässlicher und sicherer Papiere. Die Erhöhung der Verwaltungskosten sowie der öffentlichen Abgaben, die beide an Mehrerfordernis von ca. K 600.000.- beansprucht und zusammen über 2 Millionen Kronen betragen, sowie der ungünstige Stand des Anlagemarktes, der in Hauptfonds zu Abschreibungen an den Effekten per 2.95 Millionen Kronen führte, beeinflussten naturgemäss das Jahresergebnis, das einen Ueberschuss von 133.634 K ausweist. Die Reserven der Anstalt betragen 5.77 Millionen Kronen.

Die Gemeinde Wien für die Kinder gefallener Wiener. Von dem vom Stadtrat für die Kinder gefallener Wiener gewidmeten Versicherungspolizzen gelangt das letzte Drittel zur Verteilung. Anspruchsberechtigt sind arme, ganz oder halbverwaiste Kinder, deren Väter im Felde gefallen oder an den Folgen des Krieges gestorben sind, sofern diese Kinder am Tage des Ablebens ihres Vaters das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Kinder oder deren Väter müssen in Wien heimatsberechtigt sein. Gesuche um Verleihung dieser Polizzen sind mit den notwendigen Belegen bis längstens 30. November in der Magistratsabteilung XI, Neues Rathaus einzureichen.

Die Holzbringung. In Lammerau wurden 8.000 Raumbmeter Holz probeweise zur Bringung bestellt. Das Holz wird sich auf 98 K franko Bahnhof Purkersdorf stellen. Ueber Antrag des StR. Hackl hat der Stadtrat dieser Bringung zugestimmt.

Freie Arztstellen. In städtischen Gesundheitsämtern gelangen vier bis fünf Arztstellen für Armenbehandlung und Totenbeschau mit den Bezügen der siebenten Rangklasse der städtischen Angestellten zur Besetzung. Die entsprechend belegten Gesuche sind bis 15. Dezember beim städtischen Gesundheitsamte zu überreichen.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 3. bis 6. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4.70 per kg gegen Abtrennung des Buchstabens „U“ und der vorübergehenden Abschritte der Kartoffelkarte pro Person $\frac{1}{2}$ kg abgegeben.

Gründungsliedertafel. Sonntag, den 23. d.M. um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittags findet im Festsaal des Militärwissenschaftlichen - und Casinovereines 2., Schwarzenbergplatz 1 die erste Gründungs- (Förder-) Liedertafel der neugebildeten „Freien Vereinigung der Wr. K. G. V., Wr. Sängerbund, Arion und Wiedener Männerchor“ statt. Leitung: Die Ehrenhormeister M.H. Rehbeck und Max Keldorfer; Mitwirkende: Konzertsängerin Gusti Schlessak und Prof. Felix Hofmann. Die restlichen Karten zu 5 und 2 K erhältlich in der Vereinskanzlei I., Bäckerstrasse 6 von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr und an der Kasse beim Saaleingang am Aufführungstage.

Die Tarifierhöhungen bei den städtischen Unternehmungen.

Unmittelbar nach der Übernahme der Verwaltung der Stadt Wien hat sich die sozialdemokratische Mehrheit gezwungen gesehen, die Tarife der drei grossen Monopolbetriebe - Strassenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk- die sämtlich passiv arbeiteten, empfindlich zu erhöhen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass im eigentlichen Gemeindehaushalt ein Defizit von 400 Millionen Kronen vorhanden sei, das neben der äussersten Sparsamkeit auch die rasche Erschliessung neuer Einnahmequellen nötig mache. Fünf Monate sind seither verstrichen und in der Zwischenzeit haben sich alle damals getroffenen Sanierungsmassnahmen als vergebens erwiesen. Seither hat sich eben nichts anderes ereignet, als dass unsere Krone im gesamten Auslande, darunter naturgemäss auch in den Nationalstaaten, ungeheuer zurückgegangen ist. Im Juni war der Kursstand noch 20 Centimes, während er gegenwärtig unter 5 Centimes gesunken ist. Das wirkt naturgemäss auf die Betriebe der Gemeinde Wien verheerend. Dazu kommt noch, dass die jeder Beschreibung spottende Kohlennot eine kaufmännisch vernünftige Ausnützung der Anlagen verhindert. Das sind förmliche Elementarereignisse, gegen die die Gemeinde einfach machtlos ist.

Die Ziffern sprechen diesbezüglich eine ebenso klare wie erschreckende Sprache. An jedem einzelnen der Betriebe zeigt sich die Verwüstung, wird es deutlich, welche Katastrophe unseren Wirtschaftskörper ereilt hat. Die städtischen Gaswerke zahlten im Jahre 1914 für 1000 kg Kohlen 24.60 K. Im Mai 1919 hatten sie bereits K 173.10 zu erlegen und im Oktober ist der Preis auf nicht weniger als K 422.76 emporgeschossen. Dabei ist der Preis ab tschechischer Grube gar nicht höher geworden. Der gewaltige Unterschied liegt einzig und allein im Rückgang unserer Valuta. Im Jahre 1914 hat das Gaswerk für Gehälter und Löhne 6,400.000 K veranschlagt. Auf Grund des Monats Oktober stellt sich das Personalbudget auf das siebenfache. Es sind 44,300.000 K aus diesem Titel voranzusehen, wobei die bereits erhobenen Forderungen der Beamenschaft unberücksichtigt erscheinen. All das liess sich noch immerhin halbwegs ertragen, wenn das Gaswerk voll arbeiten könnte. Im Geschäftsjahr 1916/17 belief sich die Produktion auf 245 Millionen Kubikmeter, die gegenwärtigen Drosselungsmassnahmen gestatten bloss eine Gasabgabe von 155 Millionen Kubikmeter. Nicht anders steht es mit dem Elektrizitätswerk. Die Kohlenpreise weisen sogar noch eine etwas grössere Steigerung auf, indem im Oktober die durchschnittlichen Kosten von tausend Kilogramm 440 Kronen betragen. Im Frieden konnten die Beamten und Arbeiter mit einem Jahresbezüge von 4,450.000 Kronen leidlich ihr Auslangen finden. Jetzt werden 55 Millionen ausbezahlt und alle haben dabei noch hart zu kämpfen. Durch die Einführung des Achtstundentages, die notgedrungen erfolgte Einstellung von 250 Arbeitslosen, schliesslich infolge von gewissen Erweiterungsarbeiten, die in Neufeld im Zuge sind, ist überdies eine starke Vermehrung des Personales notwendig geworden. Auch das Elektrizitätswerk muss alle diese so sprunghaft gestiegenen Lasten auf einen gewaltig herabgedrückten Verbrauch verteilen. Eine Viertelmilliarde Kilowattstunden könnten erzeugt werden, aber für nicht mehr als 152 Millionen Kilowattstunden ist wirklich Kohle beschaffbar.

Das Budget der Strassenbahnen erhält sein Gepräge durch die Riesenzahl der Angestellten. Dem gegenüber fällt es gar nicht mehr so sehr ins Gewicht, dass die Stromkosten im Frieden kaum 8 Millionen ausmachten und nun trotz eingeschränktem Verkehr 38 Millionen erfordern werden. Im Betriebsjahr 1913/14 verursachten die Gehälter, Löhne, Monturen, sowie alle Wohlfahrtsanlagen eine Ausgabe von 27,724.000 K. Jetzt handelt es sich um 224 Millionen. Die letzten Forderungen, die das Personal erhoben hat, sind in dieser Summe noch nicht inbegriffen. Werden sie nur annähernd erfüllt, so steigert sich der Etat um weitere 40 Millionen Kronen. Bei der Strassenbahn hat trotz aller einengenden Verkehrsvorschriften die Zahl der beförderten Personen ausserordentlich zugenommen. Im Jahre 1913 haben 328 Millionen Fahrgäste die Strassenbahn benutzt, während es derzeit 515 Millionen sind. Im Dezember 1913 wurde der Betrieb durch 12,076.000 Angestellte bewältigt, während das Unternehmen gegenwärtig 19.000 Personen beschäftigt. Die Ursache der Vermehrung liegt zum Teil in der Einführung des Achtstundentages, zum Teil in der ausserordentlichen Zunahme der Reparaturen, zum Teil auch in der infolge der systematischen Untererhält-

zung gesunkenen Arbeitsleistung. Innerhin wird es notwendig sein eine absolute Anstellungssperre einzutreten zu lassen.

Aus all diesen Gründen erweist sich neuerlich eine einschneidende Erhöhung der Tarife als notwendig.

Die Vorschläge der Direktion der Gaswerke gehen dahin, den Gaspreis von 78 Hellern auf K 1.40 pro Kubikmeter ab November zu erhöhen. Bei dieser Anlasse muss darauf hingewiesen werden, dass in Linz der Gaspreis derzeit K 1.40 in Salzburg K 1.60 beträgt und dass in Prag, obwohl Kohle im Lande ist, schon seit Monaten K 1.- eingehoben wird. In Berlin ist der Gaspreis je nach der Verbrauchsmenge auf 70 bis 80 Pfennige kürzlich erhöht worden, was nach den geltenden Kursstande weit höher ist, als die künftigen Wiener Tarife sein werden. Gegenüber der zwanzigfachen Steigerung der Kohle und der vielfachen Steigerung der Löhne müsste sich ein noch weit höherer Gaspreis ergeben, wenn es nicht gelungen wäre, bei den Nebenprodukten eine verhältnismässig starke Steigerung durchzuführen. Der Kokspreis, der im Frieden K 1.60 für den Kubikmeter betrug, beträgt gegenwärtig K 70.-, das gleiche trifft in noch viel höherem Masse bei den sonstigen Nebenprodukten wie Teer, Ammoniak etc. zu.

Die Direktion des Elektrizitätswerkes beantragt die Hinaufsetzung des Preises pro Kilowattstunde von gegenwärtig 220 Hellern auf 400 Heller bei Licht, von 80 Heller auf 180 Heller bei Kraft. Dabei sind die gegenwärtigen Kosten der Kohle zugrunde gelegt und es bleibt noch ganz ausser Berücksichtigung, dass durch die bereits in Vorbereitung befindliche Einführung des Heizölbetriebes die Kosten eine ganz ausserordentliche Steigerung erfahren werden. Bei dem Umstande, dass die Verbrauchsmenge gegenwärtig für jeden einzelnen Haushalt genau begrenzt ist, bei Gas mit einem Kubikmeter, bei elektrischen Strom mit zwei Hektowattstunden, machen sich diese Erhöhungen nicht in so einschneidender Weise geltend. Es steht jedenfalls fest, dass noch immer sowohl was die Beleuchtung als auch das Kochen anlangt, Gas und Elektrizität weit aus ökonomischer sind, als alle anderen in Betracht kommenden Materialien. Während es ohne weitere möglich ist mit Hilfe dieses einen Kubikmeters eine Mahlzeit herzustellen, sind die Kosten bei Verwendung von Holz ganz unvergleichlich höher.

Die weitestenden Kreise der Bevölkerung werden durch die unabwiesliche gewordene Erhöhung der Strassenbahntarife berührt. Die Vorschläge, welche die Direktion der Strassenbahn erstattet sind folgende:

Tarifgebiet I.

- Kinderfahrtscheine und Fahrtscheine für die Strecke am Flötzersteig von 20 h auf 50 h,
- Frühfahrtscheine und Fahrtscheine für die Sondertarifstrecken nach Rotneusiedl und zum Lusthaus an Nichtrenntagen von 40 h auf 70 h,
- Tagesfahrtscheine von 60 h auf K 1.-,
- Tagesfahrtscheine mit Berücksichtigung der Zone 5 von 80 h auf K 1.20,
- Hin- und Rückfahrtscheine von 80 h auf K 1.20,
- Blockkarten für 20 Hin- und Rückfahrten im Vorverkauf von K 14.- auf K 28.-,
- Nachtfahrtscheine von K 1.- auf K 1.80,
- Netzkarten mit einmonatiger Gültigkeit von K 100.- auf K 170.-,
- Netzkarten mit halbjähriger Gültigkeit von K 520.- auf K 940.-,
- Streckenkarten von K 36.- auf K 68.-, von K 45.- auf K 80.- und von K 54.- auf K 90.-,

Tarifgebiet II.

- Auf eine Teilstrecke von 40 h auf 70 h,
- auf zwei Teilstrecken von 60 h auf K 1.-,
- auf drei Teilstrecken von 80 h auf K 1.40,
- auf vier Teilstrecken von K 1.- auf K 1.80;
- Kinderfahrpreis für eine Teilstrecke von 20 h auf 50 h,
- " " " zwei Teilstrecken " 40 h auf 80 h,
- " " " drei " " " 40 h auf 70 h,
- " " " vier " " " 60 h auf K 1.-;

Ausnahmstarif II. von 60 h auf K 1.-.

Die höhere Gebühr beträgt das Doppelte des einfachen Fahrpreises, mindestens jedoch K 2.-.

Mit Rücksicht auf diese Erhöhungen wird ein Rückgang der gegenwärtigen Frequenz von 515 Millionen Fahrgästen auf 440 Millionen, also um 27 Millionen Fahrgäste vorausgesehen, wozu sich noch ein weiterer Rückgang von 40 Millionen Fahrgästen ergeben würde, sobald die Stadtbahn den Betrieb wieder aufnimmt. Die Strassenbahndirektion verweist hierbei darauf, dass die Tarife in anderen Städten gleichfalls eine ausserordentliche Steigerung erfahren haben, so ist beispielsweise in Budapest in den letzten Tagen der Kriegszeit eingeführt worden.

Durch all diese Steigerungen wird noch immer nicht erzielt, dass die Werke auch nur glatt bilanzieren, geschweige denn irgendein Erträgnis abliefern. Es soll damit nur jene Grundlage erhalten bleiben, die im Juli ds. J. festgelegt wurden, wonach Gas- und Elektrizitätswerk im Laufe der nächsten fünf Jahre, die Strassenbahn im Laufe eines vollen Dezenniums ihr Defizit bilden, das sie zum Teil aus den Betriebsjahr 1918/19 übernehmen mussten und das ihnen zum Teil aus den derzeitigen Drosselungen erwächst. Der ausserordentliche Verlust, den die Strassenbahn im heurigen Jahre durch die achtstägige Stilllegung erlitten hat und der 6 Millionen Kronen ausmacht, wird ebenso auf die Zukunft verlegt wie der Ausfall der sich gegenwärtig an jedem Sonntage im Betrage von rund 400.000 Kronen ergibt.

Bei der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Tarife wird es sich beim Gaswerk noch überdies ein Jahresabgang von 60 Millionen Kronen, beim Elektrizitätswerk ein solcher von 82 Millionen Kronen und bei den Strassenbahnen eine Unterbilanz von über 100 Millionen Kronen ergeben. Es müssten also aus Gemeinamitteln auf diese Betriebe in einem einzigen Jahr eine Viertelmilliarde Kronen zugezahlt werden, was bei dem Defizit im eigenen Gemeindehaushalte von 400 Millionen Kronen vollkommen ausgeschlossen ist, und wofür eine Anleihe nicht erhältlich wäre. Der gegenwärtige Zustand, in dem diese drei grossen Unternehmungen der Gemeinde, die kaufmännisch betrieben werden müssten, an jeden Lohn- und Gehaltszahlungstag in das Rathaus schicken um die fehlenden Beträge zu erheben, kann auch nicht einmal mehr durch Wochen aufrecht erhalten werden, sondern müsste unbedingt zu einer finanziellen Zusammenbrüche führen. Derzeit schulden die Unternehmungen der Gemeinde Wien über 70 Millionen Kronen.

Die neuen Tarifierhöhungen sollen was Gas und Elektrizität anlangt mit der eben einsetzenden neuen Ablesung in Kraft treten, während die erhöhten Strassenbahntarife von 3. Dezember an Geltung haben sollen.

+ + +

2.800 %, bei Asbest 3.700 % u. s. w. So wie die Dinge tatsächlich liegen könnte man selbst bei einem sehr weitgehenden Uebelwollen und dem größten Mißtrauen gegenüber der Partei, welche die Verwaltung der Stadt jetzt führt, dieser Partei dies nicht zur Last

schreiben. Die jetzige Gemeindeverwaltung habe es sich sehr überlegt, an die Frage der Tarifierhöhungen heranzutreten, in dem Bewusstsein, daß dadurch eine neue Teuerungswelle eingeleitet werden wird. Man habe sich aber gesagt, daß es ganz unmöglich sei, ein so gewaltiges Defizit von 200 bis 250 Millionen auf die Gemeinde zu übernehmen. Wir müssen eben unseren Kredit aufrecht erhalten und das Odium tragen, daß mit diesen Erhöhungen verbunden ist. Es muss noch einmal ausdrücklich betont werden, wir benutzen unsere Unternehmungen in gar keiner Weise als irgendeine Einnahmequelle, es fließen der Gemeinde dadurch keinerlei Einnahmen zu, im Gegenteil wir haben bei allen Unternehmungen noch ein Passivum zu tragen, das allerdings auf zehn Jahre verteilt wird. Wenn von einer Verpachtung der Unternehmungen gesprochen wird, so würde dadurch an der Sache nicht das geringste geändert. Auch eine amerikanische Gesellschaft kann die Unternehmungen nicht anders führen, als daß sie von der Wiener Bevölkerung Kronen einnimmt, die im Auslande nicht gelten. Es sind dies übrigens nur Theorien, denn es ist überhaupt niemand da, der sich für unsere Unternehmungen interessiert, es ist niemand da, der uns auch gegen Verpfändung dieser Unternehmungen einen Kredit anbieten würde. Ich weiß nicht wie die Dinge sich noch entwickeln werden, ich weiß nicht, ob man uns auch noch zu solchen Dingen zwingen wird wollen, aber heute müssen wir dagegen ankämpfen und werden es tun, solange es geht.

VB. Winter, der mittlerweile den Vorsitz übernommen hatte, schloss nun mit folgenden Worten: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, solange alle Bürger treu auf ihren Posten stehen.

Obmännerkonferenz. Heute nachmittags fand über die vorerwähnte Frage eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, zu welcher die Stadt- und Gemeinderäte Pombeck, Breitner, Dr. Danneberg, Schorsch, Skarab, Speiser, und Weigel von der sozialdemokratischen Majorität, sowie die Gemeinderäte Erntner, Feldmann, Dr. Pollak, Dr. Schwarz-Hiller und Sirotek erschienen waren. Bgm. Reumann und die Vizebürgermeister Emmerling und Winter leiteten die Verhandlungen. Nach einer eingehenden Darstellung der Lage der städtischen Unternehmungen durch die Stadtrats- und Fachreferenten wies GR. Dr. Schwarz-Hiller auf das System der teilweisen Naturalentlohnung der Angestellten hin, womit eine Stabilität der Löhne erzielt werden sollte. Er trat weiter für eine Verpachtung aller städtischen Unternehmungen auf eine Reihe von Jahren ein. Die GR. Erntner und Feldmann anerkannten die Schwierigkeiten bei den derzeitigen ganz außerordentlichen Verhältnissen, Schwierigkeiten, die sich auch in allen anderen Betrieben zeigen. GR. Dr. Pollak sprach sich sehr entschieden für die Verpachtung der Unternehmungen aus. StR. Sirotek betont die Notwendigkeit von Ersparungen durch möglichste Abtossung des überzähligen Personales und durch intensivere Arbeiter. Er sprach sich gegen eine Verpachtung aus.

VB. Emmerling erklärte zum Schluss, daß die Angelegenheit noch dem Stadt- und Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen beschäftigt werden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz Mischeu.

Wien, Dienstag, den 18. November 1919. Abendausgabe.

Die Lage der städtischen Unternehmungen. Ueber Einladung des Bgm. Reumann versammelten sich heute nachmittags Vertreter der Wiener Presse im Rathause, um Aufklärungen über die Lage der städtischen Unternehmungen und über die beabsichtigten neuerlichen Tarifierhöhungen bei diesen Unternehmungen entgegen zu nehmen.

Bgm. Reumann führte aus: Wir sind zu diesen Massnahmen gezwungen durch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Erscheinungen, die ihren Einfluß natürlich auch auf die städtischen Erwerbsunternehmungen nehmen mussten. In erster Linie ist dies die Kohlennot, die zu einer katastrophalen Erscheinung geworden ist. Ich muss leider bemerken, daß nicht abzusehen ist, wann eine Milderung eintreten könnte. Die Mitteilungen, die mir in letzter Zeit zugekommen sind, sprechen davon, daß in absehbarer Zeit eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes nicht zu erwarten ist. Die Bemühungen, die von Seite der Gemeinde und auch des Staates erfolgt sind, haben kein solches Ergebnis gezeitigt, daß man mit einer gewissen Beruhigung in die Zukunft blicken könnte. Im Gegenteil, augenblicklich spitzen sich die Verhältnisse derart zu, daß bereits die Frage erwogen werden musste, ob nicht eine weitere Drosselung des Strassenbahnverkehrs und eine weitere Einschränkung in der Stromabgabe an die Industrie Platz greifen müsse. Es wird natürlich alles mögliche getan, um dies abzuwenden, ob die Bemühungen aber einen Erfolg zeitigen, ist noch sehr unbestimmt.

Diese katastrophalen Verhältnisse haben natürlich auch einen Einfluß auf die Tarifbildung ausüben müssen. Speziell bei den Strassenbahnen kann der Betrieb nicht voll ausgedient werden, es müssen daher die gleichen Betriebsmittel und im vollen Umfang auch für den eingeschränkten Verkehr aufrecht erhalten bleiben. Das muß seinen Einfluß auf die Tarifgestaltung ausüben. Wenn eine Tarifierhöhung durchgeführt werden muß, so darf das nicht vom fiskalischen Standpunkte aus betrachtet werden, sondern hier spielt der eiserne Maß die erste Rolle. Ein weiteres Betriebsdefizit der Unternehmungen ist die Gemeinde nicht mehr in der Lage auszuhalten, da die Gemeinde selbst ein solches Defizit in der eigenen Verwaltung mitzuschleppen hat, es muß bei dieser finanziellen Situation der Gemeinde darauf gedrungen werden, daß die Unternehmungen sich selbst decken, resp. ihre Deckung in den eigenen Einnahmen finden. Darin ist auch die Begründung gelegen, warum die Tarifierhöhungen wirklich durchgeführt werden müssen. Ich gestehe ganz offen und ehrlich, daß der Blick, den wir in die Zukunft werfen können, ein ungemein trüber ist. Wir stehen einem Winter gegenüber, in welchem Ereignisse eintreten könnten, die zu bändigen wir vielleicht nicht mehr die Macht haben.

Der Bürgermeister verweist dann bezüglich der Einzelheiten der notwendigen Massnahmen auf die beiliegende Darstellung.

Der Stadtratsreferent über diese Angelegenheit StR. Breitner gibt noch einige Detailziffern über die vorliegende Frage bekannt, die sich besonders bei der Strassenbahn auf die Steigerung aller Materialpreise beziehen, die gegenüber dem Jahre 1914 in der letzten Zeit eine geradezu sprunghafte Erhöhung aufzuweisen haben und zwar: Bei Strassenbahnschienen um 1.950 %, bei Kupferdraht von